

Meinungen

Fussball-WM der Frauen Das Turnier wird für vieles benutzt: die Träume der Fifa, den Feminismus – und als Plattform von Sexisten. *David Nauer*

Lasst sie einfach spielen

Stell dir vor, es ist Frauen-WM, und niemand interessiert sich dafür. Das Fussballturnier bleibt selbst im Gastgeberland Deutschland eine blutleere, künstliche Angelegenheit. Keine voll besetzten Gartenbeizen, kein Fachsimpeln über Teams und Taktiken, schon gar keine nächtlichen Hupkonzerte.

Das kommt nicht von ungefähr: Frauenfussball ist eine Nischensportart, selbst im fussballverrückten Deutschland. Zu Liga-Spielen der Männer kommen im Durchschnitt über 40 000 Zuschauer, bei den Frauen sind es nicht einmal 1000. Für die Spielerinnen und eine Handvoll treuer Fans mag die WM der Höhepunkt des Jahres sein. Für den überwiegenden Rest ist sie ein Anlass unter vielen: Open Airs, Grillabende, Strandpartys – es gibt vieles, was man an einem schönen Sommertag machen kann.

Leider geben sich Fussball-Funktionäre, einige Politiker und die Hexenmeister aus der Boulevardküche damit nicht zufrieden. Der Weltfussballverband Fifa hat seine PR-Maschinerie angeworfen, um aus dem Anlass ein gesamtgesellschaftliches Ereignis zu machen. Das Turnier wird zum «Fussballfest», zum «Sommermärchen» aufgeblasen, und an jeder Ecke wird

Begeisterung gewittert. Doch das ist Quatsch. Für die Funktionäre ist die Frauen-WM dasselbe wie das Männerturnier: eine Geldmaschine. Ob Männlein oder Weiblein kicken, spielt bei ihnen keine Rolle. Die Sponsoren zahlen auch so: Coca-Cola, Adidas, Emirates. Die Liste ist lang.

Auch ein paar Volksvertreter drängeln sich nach vorne. Grünen-Chefin Claudia Roth etwa inszeniert sich als oberster Fan des Landes, verbreitet Spielertipps im Internet und hofft, dass die Kickerinnen für die «endgültige Emanzipation der Frauen» sorgen. Immerhin: Die Öko-Politikerin hat dafür gesorgt, dass in einem der Stadien Bio-Bratwürste verkauft werden – angeblich gegen den anfänglichen Widerstand der Organisatoren.

Noch bedenkllicher ist die Rolle der «Bild». Das Blatt berichtet über «unsere Superfrauen», lässt aber keine schmierige Gelegenheit aus. Einmal ist «Frauenfussball gaanz besonders sexy». Die Story wird mit nackten Fussballerinnen illustriert. Ein anderes Mal wird es sexistisch: «Scharfe Frauen und Fussball. Beides Dinge, von denen man(n) dieser Tage so träumt.»

Die Sportjournalisten sind nicht viel besser. «Fussball-WM der Frauen ist,

wenn man trotzdem Spass hat», leistete sich ein Moderator der öffentlich-rechtlichen ARD einen Spruch. Auch die Reporter des renommierten Sportinformationsdienstes setzten sich bei einem Interview mit Formel-1-Star Nico Rosberg in die Nesseln.

«Grundsätzlich behindert»

Journalist: «Ich will beim Sport die bestmögliche Leistung erleben. Wenn eine Frau von der Grundkonstitution her weniger Leistung bringen kann, interessiert mich das nicht.»

Rosberg: «Die Paralympics schaut man sich auch an. Dort kann ein Mensch auch nicht die ganz grosse Leistung bringen, aber unter sich sind sie alle ähnlich, und deswegen ist es trotzdem spannend.»

Journalist: «Sehr guter Einwand.» Zweiter Journalist: «Frauen sind eigentlich grundsätzlich behindert.»

Die Fussballerinnen tun einem richtig leid. Jede Menge Erwartungen werden in sie gesetzt: Sie sollen ein «Sommermärchen» hinzaubern, die Kassen der Fifa füllen, für die Emanzipation kämpfen, gut aussehen. Machosprache gibt es gratis dazu. Dabei wollen sie eigentlich nur eins: Fussball spielen.

Perspektiven *Artur K. Vogel*

«Schweizer, kauft nicht bei...!»



Auf den ersten Blick sieht es aus wie einst die Fahndungspakete der deutschen Behörden im Kampf gegen die Rote Armee Fraktion (RAF). Das Falblatt, das der linken «Wochenzeitung» beilieg,

zeigt 39 schwarzweisse Köpfe. Doch nach ihnen wird nicht gefahndet; sie rufen vielmehr zum Boykott Israels auf. Viele aktive und ehemalige Politiker aus der linken Ecke sind anwesend: Sozialdemokraten wie André Daguet, Margret Kiener Nellen und Andrea Hämmerle, Grüne wie Therese Frösch und Geri Müller sowie der letzte Kommunist im Nationalrat, Josef Zisayadis.

Und natürlich darf der grüne Basler Daniel Vischer, der für den Kanton Zürich im Nationalrat sitzt, nicht fehlen. Vischer ist ein militanter Streiter für die palästinensische und die islamische Sache. Er präsidiert die Gesellschaft Schweiz-Palästina, vertritt Muslime, die ihre Töchter nicht in den Schwimmunterricht schicken wollen, weilt gegen Verschleierungsvorbehalte und Ähnliches und verharmlöst islamistische Extremisten wie den Deutschen Pierre Vogel. Selbst wenn Vogel islamfundamentalistisch und aggressiv aufträte, sei dies kein ausreichender Grund für eine Einreiseperrre, heisst es auf der Webseite der Gesellschaft Schweiz-Islamische Welt, der Vischer ebenfalls angehört: «Ich schätze ihn weder als gefährlich ein, noch sehe ich Sicherheit und Ordnung gefährdet.»

Wenn es um Kritik am Islam geht, schlägt Daniel Vischer gern mit der dicken Keule zu: Frank A. Meyer etwa, der Ringier-Publizist, hatte geschrieben, die «Ursachen des Islamismus und seines Terrors sind im Islam selber zu finden». Daraufhin versuchten die Grünen, angestiftet von Vischer, Meyer dadurch mundtot zu machen, dass sie ihn (erfolglos) wegen Verletzung der Anti-Rassismus-Strafnorm verklagten.

Alle gesellschaftlichen Bereiche

Wenn es jedoch um Israel geht, hört die Toleranz auf. In Kreisen der Gesellschaft Schweiz-Israel, die von der früheren SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi präsidiert wird, erfährt man, dass Vischer Kontakte verweigert.

Jetzt also dieser Aufruf, Israel zu boykottieren. Vordergründig geht es nur darum, keine Waren aus Israel zu kaufen. «Israelische Produkte? Kaufe ich nie!» prangt rot über den 39 schwarzweissen Köpfen. Doch die Aktion BDS – «Boycott, Desinvestition, Sanktionen» – will viel mehr: Wie man dem Flugblatt entnehmen kann, sollen «alle gesellschaftlichen Bereiche, wo öffentliche israelische Institutionen involviert sind: Kultur, Forschung, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Sport etc.» boykottiert werden.

BDS Schweiz scheut sich nicht, Institutionen zu brandmarken, die sich um den Boykott foutieren. So wurde dem jährlichen Kulturfestival Culturescapes, das sich im Herbst der israelischen Kultur widmet, vorgeworfen, es lasse sich instrumentalisieren, «um einem mächtigen Staat, der im Nahen Osten mit schockierenden Methoden

agiert, zu besserem Ansehen zu verhelfen». Culturescapes solle «sich nicht einspannen lassen für die unterdrückte israelische Apartheidpolitik». Zwar heisst es auf der BDS-Homepage scheinheilig, der «kulturelle Boykott richtet sich ausdrücklich nicht gegen einzelne Werke oder Personen bzw. gegen Kulturschaffende in ihrer Eigenschaft als Israelis und schon gar nicht in ihrer Eigenschaft als Juden/Jüdinnen»; aber Culturescapes wird gleichzeitig aufgefordert, «alle Veranstaltungen mit israelischen Künstlern abzusagen».

Im vergangenen Jahr hatte sich Culturescapes mit der Volksrepublik China befasst, einem un-demokratischen, kommunistisch regierten Land, in welchem Menschenrechtsaktivisten im Gefängnis landen und Demokratiebestrebungen unterdrückt werden. Niemand rief damals zum Boykott auf.

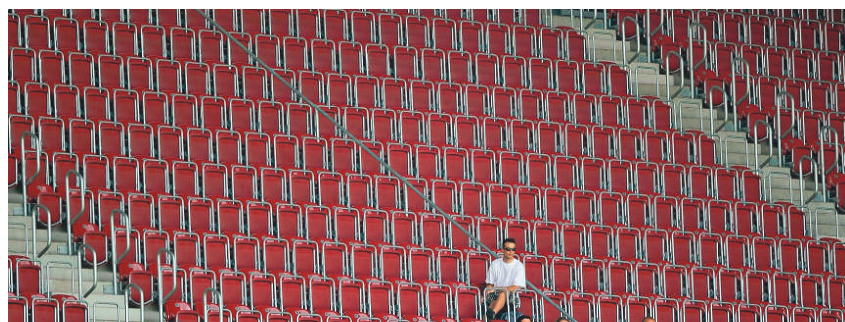
Die israelische Politik gegenüber den Palästinensern ist tatsächlich fragwürdig. Und der forcierte Ausbau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten, den namentlich die gegenwärtige Regierung des Rechtsnationalisten Benjamin Netanyahu betreibt, ist klar darauf angelegt, die Bildung eines funktionsfähigen Palästinenserstaates zu verhindern. Nur ändert sich mit einem Boykott gar nichts, im Gegenteil: Sollte er jemals wirksam werden, was bezweifelt werden darf, hätte er nur zur Folge, dass die israelische Gesellschaft noch enger zusammenrückt im Gefühl, die ganze Welt sei gegen sie.

Einseitige Schuldzuweisung

Und schliesslich hält die einseitige Schuldzuweisung – hier die bösen Israelis, dort die guten Palästinenser – einer kritischen Betrachtung nicht stand. Es sei daran erinnert, dass Palästinenser jahrzehntelang mit brutalen Terroranschlägen ihre Ansprüche durchzusetzen versuchten; dass Yassir Arafat die Gelegenheit, ein funktionsfähiges staatliches Gebilde aufzubauen, aus Eigennutz oder Unfähigkeit verpasste; und dass Hunderte von Millionen Euro Aufbauhilfe in obskuren Kanälen verschwanden. Und schliesslich will die Hamas, die im Gazastreifen regiert, Israel noch immer von der Landkarte tilgen.

Man liest die BDS-Schrift mit anschwellendem Unbehagen durch. Während im Boykott-Aufruf stets von völkerrechtlich legitimen Ansprüchen der Palästinenser die Rede ist – die zum Teil tatsächlich missachtet werden –, wird die Existenz Israels als «Pech» für Palästinenser bezeichnet, weil an ihr «nicht mehr zu rütteln» sei. Pardon: Israels Existenzrecht ist von der UNO und vom Weltrechtsrat zu wiederholten Malen bestätigt worden; seine Existenz ist also nicht «Pech», sondern ebenfalls völkerrechtlich abgesichert und legitimiert.

Die Politik Israels zu kritisieren, ist nötig und angebracht. Aber nur, wenn die Politik der Palästinenserverwaltung ebenso kritisch begutachtet wird. BDS hingegen ist krass einseitig und damit unglaubwürdig. Und unterschwellig erwachen böse Erinnerungen an die Zeit, als in unserem Nachbarland Davidssterne auf Schaufenster jüdischer Geschäfte gemalt wurden und der Slogan: «Deutsche, kauft nicht bei Juden!»



Frauen-Fussball-WM vor leeren Rängen, am Mittwoch in Augsburg beim Match Norwegen – Äquatorialguinea. Foto: P. Knefel (EPA)

Tribüne Für neue Ideen finden sich in Bern stets Kritiker. *Bernhard Eicher*

Mehr Mut für Berns Entwicklung

In Bern werden zurzeit mehrere städtebaulich zukunftsweisende Ideen diskutiert. Da wäre als Erstes die kürzlich lancierte Initiative Fussgängerzone statt Tramwand. Sie will sowohl Markt- als auch Spitalgasse in eine Fussgängerzone umwandeln.

In und den öffentlichen Verkehr anderweitig durch die Innenstadt führen.

Als Zweites ist das Projekt Waldstadt Bremer zu nennen. Durch teilweise Überdeckung der Autobahn A1 soll Bern

mit einem neuen Quartier in den nahen Bremgartenwald erweitert werden. Damit würde moderner Wohnraum für 6000 bis 8000 Menschen geschaffen.

Als Drittes kann die Erweiterung des Hauptbahnhofs Bern genannt werden. Durch einen Ausbau der Kapazitäten soll Raum für mehr Pendler und Touristen geschaffen werden.

Die genannten Ideen haben zwei Gemeinsamkeiten. Erstens übersteigen sie den Planungshorizont des handels-

üblichen Politikers, schliesslich dauert die Realisierung der Ideen wesentlich länger als vier Jahre.

Zweitens sind in Bern für solche Ideen schnell Kritiker gefunden. Gerne wird moniert, eine Fussgängerzone Markt- und Spitalgasse, eine Waldstadt Bremer oder ein Ausbau unseres Hauptbahnhofs sei technisch nicht machbar, zu teuer und überhaupt schlicht unrealistisch. In Bern debattieren die Verantwortlichen allzu gerne über Hindernisse und Risiken, die Chancen werden fast gänzlich ausgeblendet.

Dies ist äusserst bedauerndwert. Denn wir leben in einer tollen Stadt, welcher etwas mehr Mut und Innovationsfreudigkeit gut anstehen würde. Eine Fussgängerzone in Berns Hauptgassen würde die Innenstadt weiter aufwerten und Passanten sowie Touristen zum Verweilen einladen. Ein in den Bremgartenwald integriertes Quartier würde nicht nur dringend benötigten Wohnraum schaffen, sondern als Pionierprojekt auch weit über Bern hinausstrahlen. Ein modern ausgebauter Hauptbahnhof schliesslich würde der gesamten Region wirtschaftliche Impulse verleihen.

Hätten unsere Vorfahren jedes städtebauliche Projekt von Beginn weg mit Kritik zerzaust, würden heute wohl weder die Kirchenfeldbrücke noch das Münster oder das Bundeshaus stehen. Also: Halten wir uns an unsere Vorfahren und zeigen punkto Stadtentwicklung wieder etwas mehr Mut!

Bernhard Eicher studierte Betriebswirtschaft an der Universität Bern. Er betreut bei der BEKB/BCBE eigene Firmenkunden. Im Berner Stadtrat ist er Fraktionschef der FDP. Als Pianist und Keyboarder spielt er in der Parlamentarierband Fraktionszwang.

Canoobee

		4		1		
			3			
	2				5	
				6		4
			1			
					5	2
5						2
1		5	4			
	7		1	2		

Ziel beim Lösen des Rätsels ist es, einen Raster mit den Zahlen 1 bis 6 (resp. 1 bis 7) so zu füllen, dass jede Ziffer in einer Spalte, einer Reihe und in einem 3x3-Unterquadrat nur einmal vorkommt. V-Ziffern dienen als Starthilfe.

Der Bund

Verleger: Charles von Graffenried
Gesamtauflage BZ (inkl. «Bund»): 181 705 WE/MF/SW-begleitet
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
 Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
 Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86
Redaktionsleitung:
 Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv)
 Stellvertretender Chefredaktor: Patrick Feuz (paf)
 Chef vom Dienst: Beat Stähli (sbb)
 Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)
Website: www.derbund.ch
E-Mail: redaktion@derbund.ch
Leitung Espace Media: Ueli Eckstein
Inserate: Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
 Telefonische Anzeigenannahme: Tel. 031 330 33 10, Telex 912 160, Fax 031 330 35 71
 E-Mail: inserate@espacemedia.ch

ISSN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)
Technischer Kundendienst: Anzeigen
 Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen ausserhalb der Burozeit: Fax 031 330 35 71.
 Anzeigenannahme auch bei allen Publicitas-Fileten Schweiz, Publicitas Bern.
 Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91
Abonnementspreise: 24 Monate Fr. 746.–, 12 Monate Fr. 414.–, 6 Monate Fr. 223.50, 3 Monate Fr. 120.–, 40% Studenten- und Ausbilder-rabatt. Bitte Ausweis mitbringen.
 Die Preise verstehen sich inkl. 2.5% MWST.
 Einzelnummer Fr. 3.50 (Mo-Fr) / Fr. 4.– (Sa).
 Abonnemente: Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif), Fax 0844 031 031 (Lokaltarif).
 E-Mail: abo@derbund.ch
Ombudsmann: Ignaz Staub, Postfach 837, 6330 Cham 1.
 E-Mail: ombudsmann.amedia@bluewin.ch.
 Copyright-Regelung: Vergleiche grosses Impressum in der Montag-Ausgabe.